BadDürkheim

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Klimabeirat	10.07.2023	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 19:06 Uhr

öffentlich Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzender

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1 Informationen

2 Projekt Vulcan Energie
hier: Beschluss über eine Kooperation

3 StadtGrün naturnah
hier: Maßnahmenliste

4 Anfragen

Anwesenheitsliste

Klimabeirat

vom 10.07.2023

Vorsitzender:
Giel, Thomas, Prof.

CDU:
Kalbfuß, Thomas
Rings, Manfred

SPD:
Erstling, Matthias
Pfaff, Norbert

FWG:
Freunscht, Jürgen
Schuler, Christian

Bündnis 90/GRÜNE:
Heißler, Sibylle

Stadtwerke GmbH:
Kistenmacher, Peter, Dr.

Sonstige Beiratsmitglieder:
Schnappauf, Hansjürgen
Scholtissek, Isa
Wolf, Michael

Verwaltungsmitarbeiter:
Aufschneider, Anja
Buschlinger, Cara
Glogger, Christoph
Müller, Petra

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Informationen

Nachdem die Stadt im März dem **Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz** beigetreten war, fand am 27.06.2023 der Fachworkshop gemeinsam mit Vertretern der Energieagentur sowie des Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen statt. Wie Frau Buschlinger berichtet, behandelte der Workshop jeweils zur Hälfte die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung. Es wurde intensiv auf die Maßnahmen eingegangen, die in der Beitrittserklärung zum Kommunalen Klimapakt enthalten waren. So wurde beispielsweise auf die Idee des Pilotprojekts Agri-Photovoltaik im Weinbau eingegangen und Unterstützung für das weitere Vorgehen von der Energieagentur angeboten. Neben den in der Beitrittserklärung eingereichten Maßnahmen, wurden einige weitere seitens der Energieagentur vorgeschlagen, wie etwa ein kommunales Energiemanagement. Herr Giel fasst zusammen, dass es sich insgesamt um eine produktive Veranstaltung gehandelt habe, die für weitere Vorhaben in der Zukunft motivierte. Frau Scholtissek weist darauf hin, dass Bad Dürkheim gut im Klimaschutz vorankommt und der Klimabeirat eine Besonderheit darstellt, da es solch ein Gremium bisher nur in wenigen Kommunen gibt.

Frau Buschlinger erläutert, dass die Maßnahmen für den Einsatz der **KIPKI-Fördermittel** in Höhe von ca. 540.000 € noch in Planung sind. Momentan sind die genauen Anforderungen an die Fördermittel-Beantragung noch unklar. Erwartet wird, dass die Menge der Einsparung von Energie und CO_2 angegeben werden müssen. Für die Maßnahmen sind weiterhin die LED-Umrüstung in Schulen und Kitas, die teilweise LED-Umrüstung und Umstellung auf eine smarte Beleuchtung der Straßenbeleuchtung, sowie Beschattungsmaßnahmen für die Schulen und Kitas geplant. Der Einsatz der KIPKI-Fördermittel wird in einer Sitzung im Herbst ein Tagesordnungspunkt sein.

Zudem berichtet Frau Buschlinger, dass die Stadtverwaltung den Förderbescheid für die **Kommunale Wärmeplanung** in Höhe von ca. 92.000 € für einen Förderzeitraum von 12 Monaten erhalten hat. Die Förderquote für die kommunale Wärmeplanung beträgt 90%. Die Stadtverwaltung bereitet sich nun auf die Ausschreibung vor und wartet auf eine entsprechende Leistungsbeschreibung, die von der Energieagentur bereitgestellt werden soll.

Tagesordnungspunkt 2:

Projekt Vulcan Energie
hier: Beschluss über eine Kooperation
Vorlage: 2023/0170/2.1

Herr Giel kündigt an, dass das Ziel der Diskussion dieses Tagesordnungspunkts eine Stellungnahme zum Thema Ansiedlung der Firma Vulcan Energie in der Erweiterung des Gewerbegebiets Bruch ist. Frau Müller ergänzt, dass die von den Fraktionen eingereichten Fragen bis zum Bauausschuss beantwortet sowie veröffentlicht werden. Die Antworten werden ebenfalls an die Mitglieder des Bauausschusses und des Klimabeirats versendet.
Herr Kalbfuß fragt nach, was passiert, wenn die bergbaurechtliche Konzession von Vulcan ausläuft. Herr Giel erläutert, dass es sich dabei um eine Aufsuchungsanfrage handelt, durch welche sich ein Unternehmen, hier Vulcan Energie, Aufsuchungsfelder sichern kann. Für den Großteil der Aufsuchungsfelder in Rheinland-Pfalz hat sich Vulcan Energie die Rechte bis 2024 gesichert. Eine Verlängerung der Genehmigung für Vulcan Energie ist nur möglich, wenn nachgewiesen werden kann, dass in der Zwischenzeit tatsächlich Schritte hinsichtlich einer Aufsuchung erfolgreich durchgeführt wurden. Momentan werden seitens Vulcan Energie erste Schritte für eine Bewilligung von einer Bohrung gegangen. Zuvor muss die 3 D Seismik abgeschlossen worden sein.
Herr Kalbfuß stellt zudem die Frage, wie viele Leitungen verlegt werden müssen. Herr Giel antwortet, dass insgesamt vier Leitungen für das Thermalwasser und das Industriewasser verlegt werden müssen, also jeweils zwei Pipelines für hin und zurück.
Frau Heißler fragt wie die Leitungsverlegung mit den Grundstückeigentümern abgesprochen werden soll. Herr Giel erklärt, dass sich Vulcan mit allen betroffenen Eigentümern absprechen wird. Frau Heißler möchte zudem wissen, ob man nach Leitungsverlegung wieder die Fläche nutzen darf. Dies ist möglich, jedoch ist die Regelung beim Weinbau noch nicht geklärt. Vulcan Energie strebt an, dass die Pipelines nach Bergrecht bewertet werden, da somit eine Verhandlung über die Pipeline-Trasse im Untergrund vereinfacht wird.
Als nächstes möchte Frau Heißler wissen, ob radioaktives Material wie beispielsweise Radon im Thermalwasser enthalten ist. Herr Giel erklärt, dass dies in sehr geringen Mengen, mit einer wie in der Medizintechnik üblichen Dosis, vorhanden ist. Herr Glogger ergänzt, dass nur die Mitarbeiter in der Produktionsstätte gegenüber radioaktivem Material exponiert sind. Herr Giel fügt dem hinzu, dass es sich nur um Alpha- und Beta-Strahlung handelt, nicht jedoch um Gamma-Strahlung.
Herr Erstling verliest ein schriftliches Statement, in dem er einige Risiken wie einen zu hohen Wasserverbrauch oder eine mögliche Trinkwasserverunreinigung aufführt. Herr Erstling fordert zudem unabhängige Gutachter für die Kontrolle, beispielsweise des geschlossenen Wasserkreislaufs. Herr Giel erläutert daraufhin, dass Vulcan immer von unabhängigen Gutachtern kontrolliert werden wird.
Herr Giel erklärt, dass voraussichtlich nicht ganz Bad Dürkheim mit der Wärme von Vulcan versorgt werden wird, aufgrund von Ausbauschwierigkeiten des Fernwärmenetzes, nicht aufgrund fehlender Wärmeleistung. Herr Giel rechnet der Stromproduktion durch die Abwärme des Thermalwassers am meisten Bedeutung zu, da so die Grundlast abgedeckt werden kann. Solar- und Windenergie sind dagegen nicht grundlastfähig. Im Vertrag soll eine Verpflichtung enthalten sein, dass die Stadt oder auch ein anderes Unternehmen das Heizkraftwerk abkaufen kann, wenn Vulcan die Lithiumförderung und damit die Wärmeproduktion beenden sollte. Auch ohne eine Produktion von Lithium kann die Wärmeauskopplung funktionieren.

Herr Kalbfuß merkt an, dass er den Wärmetransport als kritischsten Punkt sieht. Herr Giel antwortet, dass bei dem Transport von Wasser zur Wärmenutzung der Transport über mehrere Kilometer möglich ist. Herr Glogger wendet ein, dass der Aufbau der Infrastruktur sehr umfangreich und somit sehr teuer ist, vor allem zu Beginn des Vorhabens. Herr Giel sieht die größte Gefahr im wirtschaftlichen Scheitern bevor eine Bohrung erfolgreich durchgeführt werden kann.
Herr Kistenmacher bezeichnet den Ausbau der Fernwärme als eine Generationenaufgabe. Das momentane Fernwärmenetz ist 4 km lang, das Gasnetz hat dagegen eine Länge von 130 km. Es wird auf finanzielle Zuschüsse gehofft, da mit dem Ausbau hohe finanzielle Belastungen verbunden wären. Derzeit liegt die Abschreibung bei einem Zeitraum von 20 Jahren. Herr Kalbfuß ergänzt, dass eine Stromgewinnung aus dem Thermalwasser auch Folgen auf das Stromnetz hätte. Herr Rings fügt hinzu, dass der Strom so günstiger für die Stadtwerke werden würde und beispielsweise für den Betrieb von Wärmepumpen eingesetzt werden könnte. Herr Dr. Kistenmacher wendet jedoch ein, dass der Strom am Strommarkt teurer verkauft werden könnte und eine günstige Abgabe an die Stadtwerke somit unwahrscheinlich ist.
Den Hauptteil der Kosten des Projekts wird Vulcan Energie tragen. Die Stadt muss in den Ausbau des Wärmenetzes investieren, nicht in die Bohrung. Herr Giel schließt die Diskussion damit ab, dass nach Umsetzung des Projekts der Wärmepreis nicht mehr an den Markt gekoppelt wäre und der Wärmepreis in Bad Dürkheim somit mittelfristig konstant bleiben könnte.

Beschluss:
Der Klimabeirat formuliert in der Sitzung eine Stellungnahme zu dem Projekt. Dem Bauausschuss und dem Stadtrat wird folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

Die Stadt Bad Dürkheim befürwortet grundsätzlich die Ansiedlung der Vulcan Energie Ressourcen GmbH in der geplanten Erweiterungsfläche des Gewerbegebietes Bruch.

Die Ansiedlung wird als große Chance gesehen, das Fernwärmenetz der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH mit grundlastfähiger und klimaneutraler Wärme zu versorgen und somit einen wesentlichen Schritt zur lokalen Umsetzung der Wärmewende zu leisten sowie einen Beitrag zum Transformationsprozess hin zur Treibhausgasneutralität sowie der lokalen Gewinnung von Rohstoffen zu liefern.

Um derzeit noch offene Fragen (siehe Sachdarstellung) hinsichtlich der Ansiedlung zu klären, wird die Stadt eine Kooperationsvereinbarung mit der Vulcan Energie Ressourcen GmbH abschließen. Über die weiteren Schritte und Ergebnisse vertiefender Untersuchungen wird in den Gremien regelmäßig berichtet.

Abstimmungsergebnis:	Einstimmig Ja: 10 , Enthaltung: 2

Tagesordnungspunkt 3:

StadtGrün naturnah
hier: Maßnahmenliste
Vorlage: 2023/0153/2.1

Frau Aufschneider erläutert, dass die Stadt sich für die Teilnahme am Label StadtGrün naturnah qualifiziert hat. Die Qualität des Labels (Gold, Silber oder Bronze) hängt von den Ergebnissen der Bestandsaufnahme und der Maßnahmenplanung ab. Es fanden bereits LAG-Treffen und ein Besuch von Herrn Messer vom Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt" statt, die den Labelprozess durchführen. Aufbauend auf den Ergänzungen von Herrn Messer zur Bestandsaufnahme und den Ideen der LAG wurde nun eine Maßnahmenliste erstellt. Eine Zusammenfassung der Maßnahmenliste ist den gezeigten Folien zu entnehmen. Das Label wird für einen Zeitraum von drei Jahren vergeben.
Herr Rings merkt an, dass nicht nur der Friedhof in Ungstein für eine der Maßnahmen angeführt werden sollte, sondern dass alle Friedhöfe betrachtet werden sollten. Dies wird entsprechend angepasst. Herr Schnappauf fragt, ob auch Schottergärten und Entsiegelung Thema sind. Frau Aufschneider entgegnet, dass die Maßnahmen in der Bauleitplanung auch in der Bestandsaufnahme betrachtet wurden. Hierzu gibt es bereits die Leitlinien für Klimaschutz und Klimaanpassung. Anforderungen für Neubaugebiete werden dann entsprechend in den Bebauungsplänen festgelegt. Frau Müller weist darauf hin, dass die Landesbauordnung bezüglich Schottergärten und Entsiegelung angepasst wurde. Herr Pfaff ergänzt, dass auch der Lebensraum Steinbruch beachtet werden sollte. Herr Schnappauf antwortet, dass die Pollichia die Steinbrüche in Absprache mit den Eigentümern beobachtet. Herr Erstling möchte wissen, was die nächsten Schritte sein werden. Frau Aufschneider erläutert, dass die Maßnahmen nun in Zeitschritte eingeteilt werden, die mindestens die nächsten drei Jahre abdecken.

Beschluss:
Der Klimabeirat stimmt den Maßnahmenvorschlägen zu und empfiehlt den weiteren städtischen Gremien die Zustimmung zur vorgelegten Maßnahmenplanung zum Labelprozess „StadtGrün naturnah".

Abstimmungsergebnis:	Einstimmig Ja: 12

Tagesordnungspunkt 4:

Anfragen

Herr Erstling wünscht sich in der nächsten Sitzung einen Tagesordnungspunkt zur **Reflektion der Arbeit des Klimabeirats**. Zudem führt er an, dass das **Forsteinrichtungswerk** auch im Klimabeirat diskutiert werden sollte. Herr Glogger erzählt, dass es einen Workshop mit den Fraktionen dazu gab. Normalerweise wird das Forsteinrichtungswerk für zehn Jahre von Landesforsten aufgestellt. Aufgrund fehlender Personalkapazitäten bei Landesforsten kann für den kommenden Zeitraum nur eine verschlankte Fassung aufgestellt werden (fünf Jahre, keine komplette Bestandserfassung). Ziel ist es die Selbstheilungskräfte zu fördern, Mischwälder zu

etablieren oder auch eine Naturverjüngung herbeizuführen. Herr Erstling möchte zudem, dass der neue **Supermarkt im Fronhof**, der im nächsten BEA auf der Tagesordnung steht, auch im Klimabeirat diskutiert werden sollte. Herr Glogger und Frau Müller entgegnen, dass es derzeit noch nicht um die Details des Gebäudes geht. Herr Erstling möchte den Stand der geplanten **Fahrradstraßen**, die umgesetzt werden sollen, wissen und weist darauf hin, dass ein Gefahrenpunkt am Dürkheimer Haus in der Kaiserslauterer Straße vorhanden ist. Herr Giel gibt die Hinweise gerne an die Rad-AG weiter. Des Weiteren könnte sich die Rad-AG in einer zukünftigen Sitzung des Klimabeirats vorstellen.

Herr Schnappauf schlägt für die nächste Sitzung das Thema der **Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen** vor. Eine solche Steuer wurde bereits in Tübingen umgesetzt. Herr Schnappauf fragt zudem nach der geplanten Pelletheizung im **Kindergarten Leistadt** und welche Rauchgasreinigung erwartet werden kann. Herr Giel schaut sich die Thematik an und weist darauf hin, dass der Förderantrag für die Maßnahme momentan noch läuft. Im nächsten Bauausschuss soll die Planung ausgeschrieben werden.